



München, 08.05.2020

Finanzielle Unterstützung für Zoos und Tierparks von Regierungsfractionen abgelehnt

BayernSPD-Landtagsfraktion kritisiert: Staatsregierung darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen

Die tierschutzpolitische Sprecherin **Martina Fehlner** und der umweltpolitische Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion **Florian von Brunn** setzen sich weiter für die dringend benötigte finanzielle Unterstützung von Zoos und Tierparks in Bayern ein. Die Abgeordneten haben kein Verständnis für die Ablehnung eines entsprechenden SPD-Antrags im gestrigen (07.05.) Landtagsausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz: "Die Regierungsfractionen lassen die Zoos und Tierparks in dieser schwierigen Zeit im Stich und schieben die Verantwortung den Kommunen zu", kritisiert von Brunn und erklärt weiter: „Das ist völlig unverständlich, denn die Staatsregierung ist aus unserer Sicht verpflichtet, gemeinsam mit den Kommunen hier finanzielle Unterstützung zu leisten.“

Auch Martina Fehlner zeigt sich maßlos enttäuscht von der Entscheidung: „Zoos und Tierparks sind nicht nur beliebte Orte der Naherholung und Freizeitgestaltung, sondern vor allem auch ganz wichtige und unverzichtbare wissenschaftliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung. Ihr Betrieb läuft 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr, auch ohne Besucherinnen und Besucher. Und die Tiere müssen weiter gefüttert, betreut, medizinisch versorgt und gepflegt werden. Hier kann sich die Staatsregierung nicht aus der Verantwortung stehlen.“

Die bayerischen Zoos und Tierparks waren jetzt insgesamt über acht Wochen geschlossen. Das Frühjahr und die Pfingstferien sind aber in der Regel Hauptfrequenzzeiten. Die Erlöse daraus fehlen nun und können aufgrund bestehender Besucherbeschränkungen auch nicht mehr aufgeholt werden. Da die meisten Einrichtungen nicht in privater, sondern in öffentlicher Hand sind, können keine staatlichen Soforthilfen aus den aktuell aufgelegten Programmen beantragt werden. „Hier müssen andere Wege der Unterstützung gefunden werden“, so Fehlner. „Die

Verantwortung allein den Kommunen zu überlassen, die in der Corona-Krise finanziell sowieso schon stark belastet sind, ist nicht hinnehmbar.“

Die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern haben bereits umfangreiche finanzielle Hilfspakete für Zoos und Tierparks beschlossen.